

# Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreis: Einzelnummer 80 Pf. Durch Austräger 1,90 Mk. pro Woche, 7,50 Mk. pro Monat. Durch die Post 7,50 Mk. pro Monat. Sprechstunden für die Redaktion: Nachmittags 5-6 Uhr. Produktivgenossenschaft für die Provinz Schlesien, e. G. m. b. H., Breslau. Postfachkonto Nr. 28885. — Fernsprech-Anschluss: Ring Nr. 8887.

Donnerstag, 15. Dezember 1921

Anzeigenpreise: Die 9gespaltene Millimeterzeile über deren Raum 0,80 Mk., auswärts 0,90 Mk. Stellen- und Wohnungsgesuche, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungsanzeigen 0,40 Mk. Kellame: Die Millimeterzeile, 8gespalten oder deren Raum im Text 3.— Mk.

## Für den Reichsbetriebsräte-Kongress.

### An die gesamte Arbeiterschaft Deutschlands.

An den ADGB, den Afabund, an die Freigewerkschaftliche Betriebsrätezentrale.

Werte Genossen!

Von der Vollversammlung der Groß-Berliner Betriebsräte am 23. November beauftragt, wenden wir uns an die obengenannten Instanzen mit der Aufforderung, in aller Kürze einen allgemeinen deutschen Betriebsräte-Kongress einzuberufen. Am 1. Dezember erhielten wir alsdann eine schriftliche Antwort, die von genannten Instanzen gleich in der Arbeiterpresse veröffentlicht wurde. Auf diese Antwort haben wir folgendes zu erwidern:

1. Wir begrüßen es lebhaft, daß die Instanzen der deutschen Arbeiterbewegung den Weg der öffentlichen Antwort beschritten haben und wünschen, daß im weiteren Meinungsaustausch dieser Verkehr beibehalten wird.

2. Wir sind mit dem ADGB, dem Afabund und der Betriebsrätezentrale der Meinung, daß ein allgemeiner deutscher Betriebsräte-Kongress von den zuständigen Körperschaften der freien Gewerkschaften und der vom ersten Betriebsräte-Kongress zu diesem Zwecke eingesetzten Betriebsrätezentrale einberufen werden muß. Aus diesem Grunde wendete sich die unterzeichnete Kommission im Auftrage der Berliner Betriebsräte an die genannten Körperschaften. Bei unseren Auftraggebern und bei uns bestand von vornherein nicht die Absicht, einen Betriebsräte-Kongress unter Umgehung oder gar Ausschaltung der leitenden gewerkschaftlichen Instanzen zu veranstalten.

3. Wir halten es für unsere Pflicht, die Gründe darzulegen, die die Einberufung eines Betriebsräte-Kongresses erweisen sollen:

a) Die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland in der Nachkriegszeit zeigt immer deutlicher, wie bei zunehmender Bereicherung der Bourgeoisie die Verelendung und Verarmung der Arbeiterklasse unerträgliche Formen annimmt. Die Arbeitslosen sind bei der kärglichen Erwerbslosenunterstützung nicht in der Lage, auch nur das nackte Leben zu retten. Selbst die Arbeitenden sind nicht mehr imstande, die notwendigen Lebensmittel und Bedarfsartikel mit ihrem mehr als kärglichen Lohne zu beschaffen. Die Verelendung der deutschen Arbeiter nimmt die denkbar grausamsten Formen an.

b) Trotz der scheinbaren Stärkung der Arbeiterklasse, ihres politischen Einflusses im Reich, Staat und Gemeinde, sehen wir, wie die Kapitalistenklasse eine politische Machtposition um die andere erobert und sich heute stark genug fühlt, an den Grundfundamenten der sozialen und politischen Errungenschaften des Proletariats zu rütteln. Die vorliegenden Gesetzentwürfe der Schlichtungsordnung (Antifreilagesetz), Arbeitszeitgesetz (Beseitigung des Achtstundentages), sind die Meilensteine, die den Weg anzeigen, auf dem die Bourgeoisie ihre letzten Ziele, vollkommene Verflüssung der Arbeiterklasse, erreichen will. Die Presse der Großindustriellen hat bereits unzweideutig angekündigt, daß die weitere Etappe sei: Beseitigung der Arbeitslosenunterstützung usw.

c) Die durch die Erfüllung der Sanktionen und die sonstigen Verpflichtungen aus dem Kriegserbe entstandene Finanznot des Reiches benutzt die Großindustrie und Hochfinanz zu dem Zwecke, das Reich, die Einzelstaaten und die Gemeinden wirtschaftlich und politisch ganz in ihre Hände zu bekommen.

d) Auch die Lohnkämpfe sind nicht mehr imstande, die fortschreitende Verelendung der Arbeiterklasse aufzuhalten. Eine Anzahl davon sind selbst in der jetzigen Hochkonjunktur erfolglos verlaufen (siehe Gastwirtsgewerkschaft). Man kommt zu dem einzig möglichen Schluß, den Kampf nicht nur um Lohn, sondern um die Preisgestaltung, also Produktionskontrolle, zu führen. Das bedingt eine völlige Umwandlung der Taktik und Organisationen aller Kämpfe, das bedingt die Auflösung der wirtschaftlichen und politischen Fragen, die letzten Endes, Zeitmotiv und Ziel der Lohnkämpfe sein müssen, wenn nicht die Arbeiterklasse an ihren Organisationen verzweifeln soll.

e) Mitte Januar ist der weitere Termin der Zahlungsleistung an die Entente. Die Großindustrie und Hochfinanz hat bereits einen entsprechenden Antrag an die Regierung gestellt.

Behörde der Reichsregierung und der Reichsinstanzen eingesetzt, der das Programm von Stinnes verwirklichen soll. Die Steuerberatungen im Steuerauschuß (11. und 35. Ausschuß) haben weiter gezeigt, wie die bürgerlichen Parteien mit allen Mitteln auf die Krise und den Reichsbankrott hinarbeiten zu dem Zwecke, die Großindustrie und Hochfinanz die Rolle als den Retter Deutschlands spielen zu lassen. Diese Beratungen standen unter der unverhohlenen Absicht:

Alle Lasten auf die Schultern der Besitzlosen, Anerkennung der Steuerdrückebergerei und Verewigung des Privilegs der Besitzenden auf Steuerfreiheit.

Die Diktatur der Bourgeoisie, ihre uneingeschränkte politische Macht, die vollkommene Ohnmacht des Proletariats als mitbestimmendes Subjekt im Staate, tritt am sichtbarsten in Erscheinung in der Schmach der Klassenjustiz, die in Deutschland herrscht. Während Arbeiter wegen Handlungen aus politischen Klassenkämpfen zu Tausenden hinter Zuchthaus- und Kerkermauern zugrunde gehen, werden politische Verbrechen der Besitzenden entweder gar nicht verfolgt, oder sie enden mit Freisprüchen. Diese Zustände sind für die deutsche Arbeiterklasse unerträglich geworden.

Diese fünf Punkte erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Es sind hier aber ganz grob und primitiv die Gesichtspunkte formuliert, die die gesamte deutsche Arbeiterschaft aus ihren nackten Lebensinteressen und aus Selbsterhaltungstrieb bewegen und erregen.

Die vorgezeichneten Gefahren, die das Proletariat bedrohen, stehen kurz vor ihrem Vollzuge.

Ein stillschweigendes Zusehen und Gewährenlassen bedeutet das größte Verbrechen an der deutschen Arbeiterklasse. Sich nicht rühren in diesem Stadium heißt, die Absichten und Pläne der Kapitalistenklasse unterstützen und ihr zum Siege verhelfen. Aus diesem Grunde hat die organisierte Arbeiterschaft die Pflicht, unverzüglich zu handeln und den Zusammenschluß zu fördern.

Der ADGB und der Afabund kennt wie wir diese Gefahren, die uns drohen und hat in vielen Konferenzen über diese Dinge verhandelt. Beide Körperschaften haben wiederholt in Publikationen Forderungen erhoben, die geeignet und bestimmt sind, den herrschenden Zuständen und den drohenden Gefahren zu steuern. Jetzt erst wieder hat der ADGB und Afabund 10 Forderungen aufgestellt, die bei ihrer Erfüllung die Ziele der Stinnes und Konforten vernichten würden und der Arbeiterklasse Nachwachst und wirtschaftliche und soziale Fortschritte bringen.

Aber was nützen uns diese Forderungen, wenn sie nicht erfüllt werden?

Was nützt es uns, wenn nichts unternommen wird, um die Forderungen zu erfüllen?

Es heißt daher, nicht nur Forderungen formulieren, damit es aussieht, als wolle man was tun, sondern es heißt: neben den Forderungen auch die Mittel und Wege zu zeigen, wie diese Forderungen erfüllt werden!

Die Arbeiter lassen sich nicht auf die Dauer mit leeren Versprechungen abspenken!

Die Forderungen des ADGB und der Afa lassen sich nur erfüllen, wenn hinter den Spitzen der Organisation die lebendige Kraft des werktätigen Volkes steht. Diese Massen werden repräsentiert durch die von ihnen gewählten Vertreter im Produktionsprozeß, an der Arbeitsstelle, durch die Betriebsräte.

Die Forderungen des ADGB können nur erfüllt werden durch die direkte Mitwirkung und durch die aktive Anteilnahme der Betriebsräte, wie der gesamten Arbeiterschaft.

Welche Gründe führt nun der ADGB und die Afa ins Feld, die sie bestimmen, den Kongress nicht einzuberufen?

a) Man könne den Kongress nicht dauernd beisammenhalten. Wir glauben, daß daran niemand gedacht hat, und es erhebt uns ganz rätselhaft, wie man zu einer solchen Schlussfolgerung kommt. Wir glauben, daß dieses Argument von den Besitzlosen selbst nicht auch gemacht werden kann.

b) Der Kongress könne auch nur beraten und Resolutionen annehmen, sonst weiter nichts tun. Der Kongress kann nach unserer Ansicht viel mehr tun.

1. Er kann die Massen für die gemeinsamen Kämpfe mobilisieren, durch eine planmäßige und energische Kampagne in den Betrieben für die Forderungen des Kongresses.

2. Aufstellung eines einheitlichen Kampfplanes, der alle parlamentarischen und außerparlamentarischen Mittel umfaßt, die erforderlich sind, um die Forderungen des Proletariats durchzusetzen, u. a. Ausarbeitung der 10 Punkte des ADGB in Gesetzesvorlagen, die Verpflichtung der Arbeiterparteien und der sozialdemokratischen Minister für die Vertretung dieser Forderungen im Parlament und Regierung.

3. Vorbereitung der Erfassung der Gold- und Sachwerte durch eine Erweiterung der Rechte der Betriebsräte als Kontrollorgane der Arbeiterschaft.

Für einen solchen Kongress seien nicht die notwendigen Geldmittel vorhanden, bzw. die Kosten seien zu hoch und ständen in keinem Verhältnis zu den Erfolgen.

Wir glauben, daß dieses Argument das faulste ist. Welche großen Aufgaben der Kongress lösen soll, haben wir oben dargelegt. Für diese Aufgaben sind keine Geldmittel zu hoch. Wir nehmen an, daß der ADGB und Afa mit uns der Meinung sind, daß die Mittel doch auch für die da sind, die die Mittel aufbringen. Wir glauben, daß diese Hinweise genügen, um auch dieses Argument zu entkräften.

Die Presse der Großindustrie hat klarer erkannt, als leider die Instanzen, die sich gegen die Einberufung eines Betriebsräte-Kongresses gemeldet haben. So z. B. schrieb die „Tägliche Rundschau“ auf die Nachricht von den Beratungen der Konferenz am 23. November, daß die Einberufung eines Betriebsräte-Kongresses bedeutet, daß die Gewerkschaften und die Arbeiter eine Nebenregierung bilden wollen, das bedeutete die Diktatur der Arbeiter. Die Diktatur des Stinnes fürchtet die Diktatur der Arbeiter! Wir sprechen es unverhohlen aus: Die Diktatur von Stinnes kann nur gebrochen werden durch das Aufgebot der Einheitsfront der Arbeiterschaft, die präsentiert wird durch den einmütigen Willen und durch das gleichartige und einmütige Handeln aller Arbeiter durch die Betriebsräte als Ausführungsorgane des Arbeiterwillens.

Aus den angeführten Gründen erklären wir folgendes:

1. Vom ADGB und vom Afabund fordern wir erneut die Einberufung eines allgemeinen deutschen Betriebsräte-Kongresses in kürzester Frist.

2. Von der Groß-Berliner Betriebsrätezentrale fordern wir die sofortige Einberufung einer Vollversammlung der Groß-Berliner Betriebsräte, der wir über unsere Tätigkeit Bericht erstatten können und die über die weiter zu unternehmenden Schritte beraten und beschließen soll.

3. Von den

### Gewerkschaftskartellen,

den Ortsgruppen der Gewerkschaften, den örtlichen Betriebsrätezentralen, den Betriebsräten in allen Betrieben und Belegschaften aller Betriebe fordern wir sofortige Stellungnahme zu unseren Vorschlägen. Wir bitten alle diese Glieder der Arbeiterbewegung, ihre Entschiedenheit und Beschlüsse in dieser Angelegenheit an den ADGB, an den Afabund und an unsere Kommission einzusenden.

Arbeiter, handelt, ehe es zu spät ist!

Berlin, den 10. Dezember 1921.

### Die Kommission:

Liese und Ely, SPD, Fleisch und Schmidt, UGB, Krause und Koslowsky, KPD

Adresse des Vorsitzenden Boris Fleisch, Allgemeine Ortskrankenkasse, Spandauer Straße 89/92









